

# Wer misst denn überhaupt

Mobilfunk-Bürgerinitiativen und Stadt haben bei einem Gespräch den Dialog gesucht – Trotzdem blieben einige

**Mobilfunk ist seit Monaten das große Streitthema zwischen den Bürgerinitiativen der betroffenen Stuttgarter Stadtteilen und der Stadt. Nun hat man sich zu einem runden Tisch getroffen – doch trotzdem bleiben Fragen offen.**

■ S-WEST – Monatelang hatten sich verschiedene Stuttgarter Mobilfunkinitiativen vergeblich um ein Gespräch mit Oberbürgermeister Schuster bemüht. Am 16. Februar war es dann soweit. Schuster empfing die Vertreter der Bürgerinitiativen zu einem Gespräch zum Thema Mobilfunk. Am gleichen Tag noch protestierten 150 Stuttgarter aus den betroffenen Stadtteilen vor dem Rathaus, um ihre besorgte Haltung deutlich zu machen.

Bei dem anschließenden Treffen wurden Schuster 5000 Unterschriften besorgter Bürger übergeben. Dabei betonte Schuster, dass die Stadt die Sorgen der Bürgerinitiativen ernst nähme. „Wir werden weiter im Gespräch mit den Bürgerinitiativen bleiben.“ Anlass für das Treffen war unter anderem die Mobilfunkantenne Bismarckstraße im Stuttgarter Westen. In dem 90 minütigen Gespräch machte Umweltbürgermeister Hahn deutlich, dass für die Festlegung des Grenzwertes für Mobilfunk allein der Bundesgesetzgeber zuständig sei. Keine Antenne dürfe ohne die Genehmigung der Bundesnetzagentur aufgestellt werden.

Auf Betreiben der Stadtverwaltung hat die Bundesnetzagentur am 23. und 29. Januar 2007 im Bereich Bismarckstraße 57 Mobilfunkmessungen im Freibereich vor drei Kindergärten und einem Spielplatz durchgeführt. Alle Messungen lagen unter 0,5 Prozent des jeweiligen Grenzwertes. „Für die Bürgerinnen



Die Sendeanlage in der Bismarckstraße 57 ist und bleibt umstritten.

und Bürger besteht deshalb kein Anlass zur Besorgnis“, sagt daher Schuster.

Die Messstellen befinden sich in einem Abstand von 40 bis 160 Meter zum Mobilfunkstandort Bismarckstraße. Bürgermeister Hahn informierte, dass man die Kindergärten über die konkreten Messergebnisse im Bereich ihrer Einrichtung informieren werde.

Die Messungen hätten früheren Messungen vor Kindertagesstätten in Sonnenberg, Hofen und auf dem Burgholzhof bestätigt. So liegen laut Hahn „alle in Stuttgart gemessenen Werte im Bereich von Kindergärten unter einem Prozent des zulässigen Grenzwertes“. Die Vertreter der Stuttgarter Mobilfunk-Bürgerinitiative erklärten in einer ersten Pressemeldung, dass die Stadt Stuttgart als Reaktion auf den Protest der Bürger zugesichert habe, mit den Mobilfunkunternehmen Gespräche zu führen.

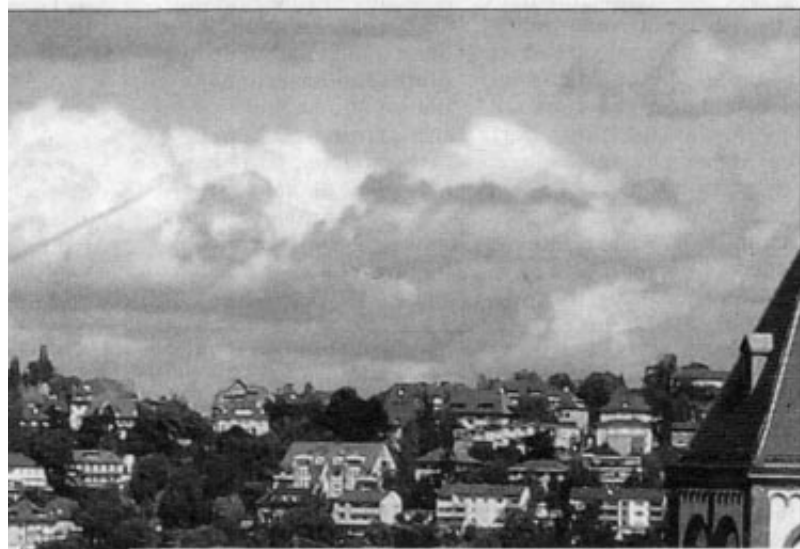
Außerdem werde sich das Gesundheitsamt nun verstärkt um die Aufklärung von Kindern und Jugendlichen zu den Gefahren des Mobilfunks kümmern. Beides habe Oberbürgermeister Wolfgang



Die meisten Menschen wollen auf ihr Handy möchte aber niemand eine Mobilfunkanlage installiert haben.

# überhaupt welchen Wert ?

Dialog gesucht – Trotzdem blieben einige Forderungen der Betroffenen unerfüllt



Schuster im Rathaus gegenüber den Vertretern der Stuttgarter Mobilfunk-Bürgerinitiativen zugesichert.

Peter Hensinger, Sprecher der Bürgerinitiative, bestätigte auf Nachfrage, dass man sich über diese Zusagen freue, besonders darüber, dass OB Schuster als Konsequenz des Dialogs bekräftigt habe, dass die Stadt Schutzzonen bei Kindergärten, Altenheimen und Krankenhäusern einhalten wolle. Dies sei auch ein Signal an andere Vermieter wie die evangelische Kirche.

Allerdings blieben offene Fragen. So sei während des

Gesprächs über die Grenzwerte nicht klar geworden, um welche Art von Werten es sich überhaupt handele: „Man hat uns nicht gesagt was für Werte überhaupt gemessen wurden. Ob etwa GSM- oder UMTS-Werte. Wir haben lediglich nackte Zahlen genannt bekommen“.

Außerdem sei bei den Messungen Ende Januar, bei denen Vertreter der Bürgerinitiative dabei waren, nicht direkt im Hauptstrahl, sondern lediglich unten am Boden gemessen worden. „Ich habe auf unserer Dachterrasse, die sich direkt gegenüber des Mobilfunkantennenstandorts befindet, eigene Messungen von einem Messtechniker durchführen lassen.“

Dabei wurde der Schweizer Vorsorgewert für UMTS-Anlagen von 100 000 Mikrowatt pro Quadratmeter um das 5,8 fache überschritten, auf 582 000 mWm<sup>2</sup>. „Das beunruhigt mich sehr. Auch hätten ihm Ärzte und Gutachter geraten, sich wegen der Strahlung so wenig wie möglich auf der Dach-

terrasse aufzuhalten. Nachbarn seien deshalb schon ausgezogen. Er berichtete außerdem, dass die Stadt zwar gewisse Zugeständnisse gemacht habe, jedoch weitere Forderungen der Bürgerinitiative abgelehnt habe. „Wir wollten etwa, dass man ein Handyverbot in Bus und Bahn durchsetzt. Dies wurde aber erst gar nicht diskutiert.“

Auch die Forderung, eine Meldestelle für elektrosensible Personen einzurichten, die über Krankheitssymptome durch nahe Mobilfunkmasten berichten, wurde abgelehnt.

Weiterhin hatten die Vertreter der Bürgerinitiative vorgeschlagen, Blutuntersuchungen bei Anwohnern, die um einen Mobilfunkmasten wohnen, durchzuführen, da es die These gebe, dass sich das Blutbild durch die Strahlung besorgniserregend verändere. „Auch dies wurde abgelehnt“, erklärte Hensinger. Nun werde man sich in etwa zwei Monaten zu weiteren Gesprächen treffen.

Ob sich die evangelische Gesamtkirchengemeinde, die Eigentümer der Immobile ist, auf der die Anlage in der Bismarckstraße 57 installiert wurde, bis dahin auch zur Diskussion um den Mobilfunkantennenstandort äußert, ist fraglich. Vor sechs Jahren hat die Gesamtkirchengemeinde in einem Vertrag mit einer Laufzeit von 20 Jahren eine Mobilfunkantenne auf ihrem Seniorenwohnhaus genehmigt.

Laut Hensinger herrsche jedoch von Seiten der Gesamtkirchengemeinde absolute Funkstille. „Die evangelische Kirche antwortet einfach nicht auf unsere Schreiben, obwohl wir auch ihr gesammelte 2000 Unterschriften aus dem Westen übergeben wollten.“



Die meisten Menschen wollen auf ihr Handy nicht verzichten. Trotzdem möchte aber niemand eine Mobilfunkanlage in seiner näheren Umgebung installiert haben.

Fotos: aro

treten.

eich von einem en Grenzer der ik-Bürger in einer ng, dass ls Reakter der Bür-e, mit den men Ge-

sich das 1 ver-irung von llichen zu obilfunks iber Ober-fgang

aro